

OA-Update / 13, 28. Oktober 2021

Osteuropa



In den Ländern der Regionaldirektion steigen die Corona-Fallzahlen zum Teil rapide an. Aktuell hat dies noch nicht zu schwerwiegenden Folgen für die Wirtschaft geführt. Die Regierungen sind bemüht, neue Lockdowns und Restriktionen zu vermeiden und fordern zum Impfen auf. In der Ukraine wurde nach Streitigkeiten um das

„Oligarchengesetz“ der bisherige Parlamentssprecher entlassen. Das Parlament hat darüber hinaus den Weg zur Etablierung des Marktes für Biomethan freigemacht und im Rahmend des 12. EU-Ukraine Gipfels wurde unter anderem ein Abkommen zum Ausbau des gemeinsamen Luftverkehrs unterzeichnet. Derweil halten die politischen Spannungen zwischen der EU und Belarus an. Neue EU-Sanktionen sind im Gespräch. Die Republik Moldau ist mit einer veritablen Gasversorgungskrise konfrontiert. Die Länder im südlichen Kaukasus erholen sich weiter von den coronabedingten Wirtschaftseinbrüchen der vergangenen Monate und prognostizieren positive Wachstumszahlen für das nächste Jahr. Das Highlight der vergangenen Wochen war am 29. und 30. September die Reise von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in die Republik Moldau, der dabei von Manfred Grundke, Mitglied des Ost-Ausschuss-Vorstandes, und OA-Geschäftsführer Michael Harms begleitet wurde. Beide gehörten zu einer Wirtschaftsdelegation, die in der Hauptstadt Chisinau unter anderem an einem deutsch-moldauischen Unternehmergespräch teilnahm, das von Staatspräsidentin Maia Sandu und Bundespräsident Steinmeier eröffnet wurde.

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

Die Covid-Lage in der Ukraine verschärft sich. Immer mehr Landesteile sind auf Grund steigender Infektionszahlen in den vergangenen Wochen in die höheren Warnstufen orange oder rot gruppiert worden. Verwaltungen der Städte und Oblaste bereiten sich entsprechend auf eine Verschärfung von Maßnahmen vor oder haben diese bereits eingeführt. Dazu zählen unter anderem genauere Prüfungen von Impf- und Testnachweisen und (Zugangs)Beschränkungen für Personen, die diese Nachweise nicht führen können. Seit dem 21. Oktober 2021 müssen Reisende in Oblaste mit gelber Stufe mindestens eine Erstimpfung mit einem anerkannten Zwei-Dosen-Impfstoff oder einen aktuellen PCR-Test nachweisen, um eine Reise antreten zu dürfen. Für Reisen in Oblaste der orangen oder roten COVID-Stufe wäre eine vollständige Impfung oder ein kürzlich durchgeführter PCR-Test erforderlich. Die Regelung gilt für Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Luft-, Schienen- und Straßenverkehr.

Die Reallöhne in der Ukraine steigen. Im August des Jahres lagen diese im Durchschnitt um elf Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Somit belief sich der nominale Durchschnittslohn auf UHA 13.997 (etwa 523 Dollar). Analysten führen das starke Wachstum auf die wirtschaftliche Belebung und die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften zurück. Das reale Lohnniveau für das Gesamtjahr 2021 wird etwa acht bis neun Prozent über dem Vorjahresniveau liegen.

Zwischen der Ukraine und Ungarn gibt es diplomatische Verstimmungen auf Grund eines neuen Gaslieferungsvertrages zwischen Ungarn und der russischen Gazprom. Ungarn hatte im September einen neuen 15-Jahresvertrag mit Gazprom über Gaslieferungen abgeschlossen, die die bisherigen Routen über die Ukraine umgehen. Beide Länder bestellten daraufhin ihre Botschafter ein. Die Ukraine bezeichnet den Vertrag als politisch motiviert, wohingegen Ungarn von einem unpolitischen Geschäft spricht.

Der bisherige Sprecher des ukrainischen Parlaments Dmytro Rasumkow wurde am 7. Oktober 2021 durch das Parlament abgewählt (284 von 266 notwendigen Stimmen), nachdem er bereits Tage zuvor die Mehrheit in der eigenen Fraktion („Diener des Volkes“) verloren hatte. Rasumkow hatte das sogenannte „Oligarchengesetz“ kritisiert. Nach dem Gesetz soll der Nationale Sicherheitsrat der Ukraine definieren können, wer als Oligarch gilt. Diesen Personen sollen dann bestimmte Auflagen erteilt werden, u.a. das Verbot des Besitzes von Medien. Präsident Wolodymyr Selenskyj sieht das Gesetz als wichtigen Baustein seiner Antikorruptionsaktivitäten. Am 8. Oktober wurde mit Ruslan Stefanchuk ein neuer Parlamentssprecher gewählt. Mit dieser Personalie erwarten Beobachter, dass es zu weniger Reibungspunkten zwischen Parlament und Präsident kommen wird.

Die Währungsreserven des Landes sanken im September um 2,9 Milliarden Dollar (rund 9,2 Prozent) gegenüber dem Vormonat und stehen nun bei 28,7 Milliarden Dollar. Der Hauptgrund für den Rückgang besteht nach Angaben der Nationalbank der Ukraine mit durchgeführten Rückzahlungen für internationale Schulden, die im September kulminierten. Per 1. Oktober 2021 beliefen sich die Währungsreserven damit auf den

Einfuhrbedarf von vier Monaten. Im Oktober stehen darüber hinaus die Rückzahlung von Eurobonds in Höhe von 662 Millionen Dollar sowie eine Rückzahlung an den Internationalen Währungsfonds in Höhe von 86 Millionen Dollar an. Diese Verbindlichkeiten sollen vorwiegend über die Ausgabe von Schuldverschreibungen und nur in sehr geringem Maße aus den Währungsreserven finanziert werden.

Die Europäische Union zahlt der Ukraine die zweite – und gleichzeitig letzte – Tranche des laufenden Programms über Makrofinanzhilfe (MFA) in Höhe von 600 Millionen Euro aus. Die erste Tranche wurde im Dezember 2020 überwiesen. Mit dieser Zahlung beläuft sich der ausstehende Darlehensbetrag an die Ukraine im Rahmen ihrer verschiedenen MFA-Programme auf 4,4 Milliarden Euro. Diese Auszahlung ist Teil des MFA-Notfallpakets in Höhe von drei Milliarden Euro für zehn Erweiterungs- und Nachbarschaftspartner, das ihnen helfen soll, die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie zu begrenzen.

Die Europäische Union und die Ukraine haben am 12. Oktober in Kiew im Rahmen des 23. Ukraine-EU-Gipfels Abkommen über den gemeinsamen Luftverkehrsraum sowie über die Teilhabe der Ukraine an den EU-Programmen für Forschung und Innovation „Horizon Europe“ und „Creative Europe“ unterzeichnet. Das Luftverkehrsabkommen soll die Luftverkehrsverbindungen (und die Flugsicherheit) verbessern und gleichzeitig Monopole auf Flugrouten beseitigen.

Das ukrainische Parlament hat am 21. Oktober 2021 den Gesetzentwurf Nr. 5464 vom 5. Mai 2021 in zweiter Lesung verabschiedet. Das Gesetz öffnet den Weg zur Schaffung eines Marktes für die Entwicklung und Nutzung alternativer Kraftstoffe mit dem Fokus auf die Biomethanproduktion. Der Gesetzestext ist auf der Website des Parlaments abrufbar: http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc4_1?pf3511=71839.

Kriterien für Biomethan werden festgelegt und eine gesetzliche Grundlage für die Einrichtung und den Betrieb des Biomethanregisters ermöglicht. Das Gesetz ist damit ein wichtiger Baustein für die Entwicklung der Biomethanindustrie in der Ukraine und eröffnet langfristig die Möglichkeit, Biomethan ins Ausland zu exportieren. Das Gesetz muss noch durch Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet werden.

Belarus

Das Verhältnis zwischen Belarus und westlichen Staaten bleibt weiter angespannt. Insbesondere die Europäische Union (EU) ist aktuell von einer Flüchtlingswelle betroffen. Die EU wirft Belarus vor, gezielt Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten nach Belarus zu fliegen und diese dann an die polnische Grenze zu schleusen. Damit wolle sich die Regierung für verhängte Sanktionen gegen das Land revanchieren. Aktuell werden in diesem Zusammenhang unter den Mitgliedsstaaten der EU weitere Maßnahmen gegen Akteure und Fluglinien diskutiert, die an diesen Schleusungen beteiligt sind. Damit bleiben die Beziehungen weiterhin verhärtet und ein Dialog auf politischer Ebene zwischen der aktuellen Administration in Minsk und der belarussischen Opposition sowie mit der Europäischen Union erscheint aktuell eher unwahrscheinlich. Damit wird auch das aktuelle Sanktionsregime der EU gegen Personen, Institutionen und Sektoren bis auf Weiteres bestehen bleiben.

Die Verbindung zwischen Belarus und Russland wird dagegen weiter gefestigt: Beide Länder vereinbarten, bis Jahresende 2021 ein neues Abkommen über die Lieferung von Gas zu unterzeichnen. Dabei soll der Preis pro 1.000 Kubikmeter unverändert bei 128,5 Dollar verbleiben. Mit Blick auf die aktuellen Preise am Gasmarkt sind dies sehr günstige Konditionen für Belarus.

Für das laufende Haushaltsjahr erwartet das belarussische Finanzministerium eine Finanzierungslücke in Höhe von rund einer Milliarde Belarussischen Rubel (rund 360 Millionen Euro) und damit eine deutlich geringe Lücke als die ursprünglich angenommenen rund sechs Milliarden Belarussischen Rubel. Wie das Finanzministerium weiter mitteilt, sollen im Haushalt das Jahres 2022 Einsparungen realisiert werden, die jedoch keine Auswirkungen auf Renten sowie auf Löhne von Staatsangestellten haben sollen. Im Zweifel sollen Ausgaben verschoben werden. Gleichzeitig sollen Gehälter für Staatsbedienstete steigen und über der Inflation liegen.

Zum 15. November 2021 tritt in Belarus ein neues Datenschutzgesetz in Kraft. Das neue Gesetz beruht in wesentlichen Aspekten auf der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Mit der neuen Regelung werden im Land erstmalig eine Vielzahl von wichtigen Elementen zum Schutz personenbezogener Daten weitgehend geregelt. Das Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen Rödl&Partner hat dazu eine [erste Analyse](#) erstellt.

Moldau

Die neugewählte Regierung der Republik Moldau ist mit einer ersten handfesten Krise konfrontiert: Im September lief der Vertrag über Gaslieferungen mit dem russischen Unternehmen Gazprom aus. Bislang gelang keine langfristige Verlängerung. Nur kurzfristige Belieferungen bis Ende November sind vereinbart. Bleiben die Fronten verhärtet, droht ein kompletter Stopp der russischen Gaslieferungen ab Dezember 2021. Gazprom begründet die angedrohte Einstellung der Lieferungen mit ausstehenden Rechnungen und Strafzahlungen, die sich mittlerweile auf rund 700 Millionen Dollar belaufen. Nur wenn diese Summe umgehend überwiesen wird, soll auch über November hinaus weiter Gas geliefert werden. Strittig ist auch der Preis für künftige Gaslieferungen. Die moldauische Regierung strebt einen Preis von 200 bis 300 Dollar je 1.000 Kubikmeter an. Gazprom hingegen ruft einen Preis von 790 Dollar auf, was noch unter dem derzeitigen Marktpreisniveau liegen würde.

Gazprom begründet seine Position rein betriebswirtschaftlich. Die pro-europäisch orientierte Regierung der Republik Moldau wirft Gazprom hingegen ein politisch motiviertes Vorgehen vor. Mit den derzeit zur Verfügung stehenden Volumina kann das Land aktuell nur 67 Prozent seines Bedarfs decken und leidet bereits jetzt unter einer Knappheit. Rumänien, Polen und die Ukraine haben unterdessen bereits Gaslieferungen zugesagt. So schloss Moldau am 25. Oktober mit der ukrainischen Naftogaz ein Rahmenabkommen über die Lieferung von 700 Millionen Kubikmeter Gas. Ebenso hofft man auf Lieferungen durch westliche Unternehmen. Erste Pilotlieferungen aus Polen wurden bereits vereinbart.

Die moldauischen Behörden und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben sich auf ein Paket wirtschaftspolitischer Maßnahmen geeinigt, das mit IWF-Mitteln im Rahmen der Erweiterten Kreditfazilität und der Erweiterten Fondsfazilität (ECF/EFF) für 40 Monate unterstützt wird. Dies teilte der Leiter der IWF-Delegation Ruben Atoyan nach Abschluss der vom 27. September bis 15. Oktober 2021 laufenden IWF-Mission mit. Es handelt sich dabei um Gelder in Höhe von 564 Millionen Dollar an finanzieller Unterstützung für das Land.

Südkaucasus

Der Premierminister von **Armenien** Nikol Pashinjan präsentierte am 25. Oktober 2021 den Haushaltsentwurf für das Jahr 2022. Die Regierung rechnet darin mit einem Wachstum des BIP in Höhe von sieben Prozent und mit Einnahmen von 1,946 Billionen Dram (plus 17 Prozent) im Vergleich zum Jahr 2021. Das sind umgerechnet etwa 3,51 Milliarden Euro. Der Budgetentwurf sieht Ausgaben in Höhe von 2,19 Billionen Dram (plus zehn Prozent im Vergleich zu 2021) vor, etwa vier Milliarden Euro. Der Regierungsentwurf sieht 55 Prozent mehr Mittel für Investitionen vor, rund 347 Milliarden Dram (624 Millionen Euro). Zu den Prioritäten der Regierung gehört es, Armenien von einem reinen Exporteur von Bodenschätzen zu einem Land mit vertieften Wertschöpfungsketten im Metallbereich zu entwickeln. Daneben seien eine Reform des Sicherheitssektors, die Entwicklung der Infrastruktur sowie die Modernisierung des Forschungs- und Bildungssystems zentral.

Das armenische Finanzministerium hat mit der Ratingagentur S&P Global Ratings eine Vereinbarung unterzeichnet, auf Grundlage derer künftig auch Bewertungen armenischer Staatsanleihen vorgenommen werden. Bisher hatten diese Ratings nur Fitch Ratings und Moody's vorgenommen. Der armenische Finanzminister Tigran Khachatryan erwartet sich davon mehr Transparenz und Sicherheit für ausländische Finanziers und Investoren.

Aserbaidschan, Georgien und die Türkei haben ein trilaterales Protokoll über die weitere Entwicklung des Eisenbahnlinienprojekts Baku-Tiflis-Kars unterzeichnet. Durch die engere Kooperation sollen die Transportzeiten von Gütern auf der Schiene verkürzt werden.

Die aserbaidchanische Agentur für die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (SMBDA) hat fünf weiteren KMU Start-Up-Zertifikate ausgestellt. Mit dem Instrument möchte die Regierung die Gründung von innovativen Unternehmen fördern. Das Zertifikat gilt für drei Jahre und befreit KMU von der Steuer auf Gewinne und Einnahmen aus innovativen Tätigkeiten. Kleinst- und Kleinunternehmen, deren Projekte sich in der Entwicklung befinden, können bei der Agentur ein Zertifikat beantragen.

In **Georgien** wird die Einführung eines Grünen Passes diskutiert, der Auskunft über den Test- und Impfstatus mit Blick auf Covid19 gibt. Künftig sollen an den Status bestimmte Rechte oder Einschränkungen geknüpft sein. Aktuell sind in Georgien gut 900.000 Menschen doppelt geimpft, was rund 32,5 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Eine Impfpflicht wird derzeit ausgeschlossen.

Zur Steigerung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit hat die georgische Regierung beschlossen, in den nächsten zwei bis drei Jahren über 1.300 neue Unternehmen im Rahmen des staatlichen Programms „Produce in Georgia“ zu finanzieren. Dies kündigte die georgische Wirtschaftsministerin Natia Turnava an. Im Rahmen des Programms wurde im September auch eine Produktionsstätte für die Herstellung von Porenbeton des deutschen Herstellers Xella/YTONG eröffnet. Der Bau der Produktionsstätte wurde mit 55 Millionen Lari gefördert, was etwas mehr als 15 Millionen Euro entspricht.

Konjunktur

Ukraine: Im September ist die Verbraucherinflation auf elf Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Dies ist insbesondere auf steigende Preise für Lebensmittel und Bekleidung zurückzuführen, wie der staatliche Statistikdienst mitteilt. Die Analysten von Concorde Capital gehen davon aus, dass sich die Inflation in den kommenden Monaten angesichts der hohen Vergleichsbasis des Vorjahres abkühlen und das Jahr 2021 mit rund zehn Prozent im Jahresvergleich abschließen wird (gegenüber fünf Prozent im Jahr 2020).

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat den Ausblick für das reale Wirtschaftswachstum im Land auf 3,5 Prozent (von vier Prozent) gesenkt. Für das Jahr 2022 wurde die Prognose leicht von 3,4 auf 3,6 Prozent angehoben. Die Ukraine bleibt damit hinter den Wachstumsraten der Euro-Zone und der Weltwirtschaft zurück. Der IWF rechnet mit einem Bruttoinlandsprodukt 2021, das um 18,9 Prozent über dem des Vorjahres liegt. Gleichzeitig erwarten die Experten des Fonds, dass sich der Wechselkurs der Landeswährung relativ stabil zum Dollar entwickeln wird.

Armenien: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Armeniens ist in den ersten neun Monaten des Jahres 2021 um 4,9 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 2020 gestiegen, teilte das Nationale Statistikkomitee (NSC) des Landes mit. Dabei wuchsen alle Sektoren mit Ausnahme des Energiesektors.

Georgien: Die Exporte Georgiens stiegen in den ersten neun Monaten des Jahres 2021 auf 2,98 Milliarden Dollar und liegen damit 24 Prozent über den Exporten des Vorjahres. Hauptexportgüter waren Kupfererze und -konzentrate (26,4 Prozent), gefolgt von Eisenlegierungen (14,6 Prozent) und Wein/Trauben (7,6 Prozent).

Aserbaidschan: Der Außenhandelsüberschuss des Landes belief sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2021 auf 6,2 Milliarden Dollar, teilte das staatliche Zollkomitee mit. Der Außenhandelsumsatz erreichte 22,9 Milliarden Dollar. Davon waren 63,6 Prozent Exporte und 36,3 Prozent Importe. Die EU-Länder stehen dabei für 54,7 Prozent oder rund acht Milliarden Dollar des Exports und die GUS-Länder für 8,5 Prozent oder 1,2 Milliarden Dollar. Bei den Importen entfielen auf die GUS-Länder 1,9 Milliarden Dollar oder 23,8 Prozent, auf die EU-Länder 1,6 Milliarden Dollar oder 19,3 Prozent und auf andere Länder 4,7 Milliarden Dollar oder 56,7 Prozent der Importe des Landes während des Berichtszeitraums.

Die wichtigsten Abnehmer aserbaidjanischer Güter waren Italien (5,6 Milliarden Dollar), die Türkei (1,9 Milliarden Dollar), Russland (613,7 Millionen Dollar), Spanien (558,2 Millionen Dollar) und Kroatien (547,8 Millionen Dollar). Die wichtigsten Importgeschäfte tätigte das Land mit Russland (1,4 Milliarden Dollar), der Türkei (1,3 Milliarden Dollar), China (1,1 Milliarden Dollar) und Deutschland (485,1 Millionen Dollar).

Moldau: Die Exporte der Republik Moldau beliefen sich in den ersten acht Monaten des Jahres 2021 auf rund 1,8 Milliarden Dollar. Dies entspricht einem Anstieg von rund 18,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Am **29. September 2021** hat in Aachen ein **Business Breakfast Ukraine** im Rahmen der 15. Luft- und Raumfahrttage NRW stattgefunden. Während des Treffens präsentierten der Präsident von Ukraviaprom Viktor Popov, Vasyl Loginov von FED und Viktor Konarev, stellvertretender Generaldirektor für Entwicklung bei Antonov Aircrafts, Geschäftsmöglichkeiten und beschrieben aktuelle Herausforderungen in der Zusammenarbeit. Nataly Veremeeva, CEO von TechUkraine, stellte das Ökosystem ukrainischer Startups im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie vor. Die gemeinsame Entwicklung von (Transport-)Flugzeugen, die Lieferung von Komponenten und die Nutzung von F&E-Kapazitäten bieten vielversprechende Ansätze zur Zusammenarbeit. Der 15. Tag der Luft- und Raumfahrtregionen in Deutschland wurde vom Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI), dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Ministerium für Wirtschaft NRW veranstaltet. Die Eröffnung erfolgte durch Thomas Jarzombek, Koordinator der Bundesregierung für die deutsche Luft- und Raumfahrt.

Am **5. und 6. Oktober 2021** fand in Berlin das **2. Caspian Forum** statt. Die Region um das kaspische Meer spielt eine wichtige Rolle für die Energieversorgung Europas, als Logistikkreuzung zwischen Westeuropa und China sowie als Agrarstandort für die globale Ernährungssicherheit. Am ersten Tag des Caspian Europe Forum in Berlin, organisiert von der Maleki Corporate Group in Kooperation mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, ging es um die Energiewende und um die Verkehrsinfrastruktur. Am zweiten Tag des Forums stand unter anderem das Thema Ernährungssicherheit im Fokus. [Ein ausführlicher Bericht findet sich hier](#).

Am **8. Oktober 2021** standen die „grüne“ Transformation des ukrainischen Energiesektors und Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen im Mittelpunkt eines vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft organisierten **Online-Meetings mit dem ukrainischen Vize-Energieminister Yaroslav Demchenkov**. Der Minister schilderte die aktuellen Pläne

seines Landes zur Reform des Energiesektors und dessen möglichen Beitrag zur Dekarbonisierung in Europa. So habe die Ukraine bereits eine emissionsärmere Stromerzeugung und sei dabei, ihr Stromnetz mit dem europäischen Netz zu synchronisieren. Bis 2030 will Kiew aus der Kohle aussteigen und diese durch Erneuerbare Energien und teils dezentrale Atomkraftwerke ersetzen. Ein wichtiges Thema waren das Potenzial der Ukraine für Wind- und Solarenergie sowie für die Produktion von grünem Wasserstoff. Die anwesenden Unternehmensvertreter hatten Gelegenheit, ihre Fragen an den Vize-Minister zu stellen und aktuelle Projekte in der Ukraine vorzustellen. Moderiert wurde das Meeting von Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, dem Regionaldirektor Stefan Kägebein.

Am **12. Oktober 2021** wurde in Baku das **1. Deutsch-Aserbaidschanische Nachhaltigkeitsforum** eröffnet. Der Ost-Ausschuss war dabei Partner der Deutsch-Aserbaidschanischen Auslandshandelskammer. Mit Impulsen und zwei Panels zur Nachhaltigkeit in der industriellen Wasser- und Abwasserwirtschaft und im Agrarsektor zog das Forum rund 80 Teilnehmer an. Darunter auch eine Delegation deutscher mittelständischer Unternehmen aus dem entsprechenden Sektor. [Mehr Informationen gibt es hier](#).

Gemeinsam mit dem Deutsch-Belarussischen Wirtschaftsclub und dem Ost-Ausschuss-Mitgliedsunternehmen dc nearshoring organisierte der Ost-Ausschuss am **18. Oktober 2021** ein **Onlinebriefing zum aktuellen Stand der IT Wirtschaft in Belarus**. [Zur Veranstaltungswebsite geht es hier](#).

Termine

- **2. November 2021: German Ukrainian Digital Partnership goes Claas Tuesday Unlimited** – Vorstellung des ukrainischen Ökosystems im Bereich AgriTech – nur auf Einladung (digital)
- **12. November 2021:** Vorstellung „IT Mapping Ukraine“ in Kooperation mit dem German Economic Team Ukraine (digital; Veröffentlichung folgt auf www.ost-ausschuss.de)
- **29. November – 3. Dezember 2021:** [Delegationsreise nach Armenien und Georgien](#).
- **1. Dezember 2021: Online-Briefing mit Cyberbotschafterin Regine Grienberger** für Ost-Ausschuss-Mitglieder - auf Einladung)
- **6. Dezember 2021: Pushing Eastern Europe Forward** – Schwerpunkt Compliance (digital; Veröffentlichung folgt auf www.ost-ausschuss.de)

- **13. Dezember 2021:** Online-Briefing zur aktuellen Strategie Aserbaidshans beim Ausbau regenerativer Energien (Veröffentlichung folgt auf www.ost-ausschuss.de)

Tipps & Links

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Ein **aktuelles Ranking zur Entwicklung der Corona-Lage** in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als pdf-Download am Ende der Übersicht).

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region**:

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidshans: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covid19.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den **aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus** inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidshans
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen +++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft!

Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier. Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: **Cristina Zelenac**, C.Zelenac@oa-ev.de,
Tel.: +49 30 206 167 121.

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Ukraine, Republik Moldau) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)